

Bayern

Stau bei Verkehrsprojekten

SPD rechnet vor, dass Realisierung insgesamt 160 Jahre dauern würde

München . Die CSU-Staatsregierung verhält sich nach Meinung der SPD bei zahlreichen Verkehrs- und Energieprojekten zu zögerlich. Landtags-SPD und bayerische Bundestagsgruppe listeten am Montag bei einem Treffen 399 offene Verkehrsprojekte des Bundes im Freistaat auf. Bei diesen müsse die Staatsregierung nun endlich eine Rangfolge nach Wichtigkeit aufstellen. Beim bestehenden Etat würde es nämlich 160 Jahre dauern, bis alle realisiert sind, sagte Landesgruppenchef Martin Burkert im Landtag. Als besonders wichtig nannte er den Ausbau der A6 in Nordbayern, die inzwischen die meistbefahrene Autobahn im Freistaat sei. Auch die Elektrifizierung der Bahnstrecke Nürnberg-Dresden habe, sagte Burkert. Der Freistaat habe dies unterlassen, weswegen auf dem bayerischen Teil der Strecke weiter mit Dieselloks gefahren werden müsse. Eine Garantie gab der Landesgruppen-Chef für den zweiten S-Bahn-Tunnel in München ab. **„Die SPD steht zur zweiten Stammstrecke“ dies gelte auch bei weiter steigenden Baukosten, sagte Burkert, der auch Chef des Verkehrsausschusses im Bundestag ist.**

Landtags-SPD-Chef Rinderspacher warf Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) vor, die Energiewende weiter schleifen zu lassen. Die Staatsregierung bleibe alle wichtigen Entscheidungen schuldig. Rinderspacher führte die versprochenen Planungen für Pumpspeicherkraftwerke, Biogasanlagen und Windkraft auf. Bei allem sei die Staatsregierung in Verzug. **„So kann man natürlich keine Infrastrukturpolitik machen“**sagte der SPD-Abgeordnete. Seehofer habe eine **„Koalition mit der Bevölkerung“** bei großen Projekten versprochen. Rinderspacher: **„Seehofer hat mittlerweile mit niemandem mehr eine Koalition.“**

Auch die Freien Wähler griffen die Staatsregierung an. Es gebe nicht nur im Bund, sondern auch in Bayern selbst **„seinen massiven Finanzierungsstau“**sagte Fraktionschef Hubert Aiwanger. **„Staatsstraßen und Brücken sind teils in verheerendem Zustand, Bayern muss nachbessern, um weiteren Substanzverlust zu verhindern.“** Frank Müller

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Dienstag, den 18. Februar 2014, Seite 45